

Pressekontakt:

Jascha Engelhardt
Tel.: 06131 / 208 3016
Mobil: 0170 / 324 8445
Fax: 06131 / 208 4022
E-Mail: jascha.engelhardt@fdp.landtag.rlp.de

Die FDP-Fraktion im Internet:

www.fdp-fraktion-rlp.de
www.facebook.com/FDP.Fraktion.RLP
www.twitter.com/FDPFraktionRLP

Pressemitteilung

Nr. 114/2017 - Mainz, den 13.12.2017

Landtag befasst sich mit dem Lückenschluss der Autobahn 1 Marco Weber: Lückenschluss startet in die Umsetzungsphase

Mainz. Auf Antrag der FDP-Fraktion hat der Landtag heute, am 13. Dezember 2017, über den Lückenschluss der Autobahn 1 zwischen Kelberg in Rheinland-Pfalz und Blankenheim in Nordrhein-Westfalen debattiert. Auf der rheinland-pfälzischen Seite sollen zwischen Kelberg und Adenau rund 10 Kilometer neue Autobahn gebaut werden, auf Seiten Nordrhein-Westfalens liegen gut 15 Kilometer Strecke. Dazu sagt der Parlamentarische Geschäftsführer und lokale Abgeordnete der FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Marco Weber:

„Minister Dr. Volker Wissing bringt eine neue Dynamik in die Verkehrspolitik des Landes. Mit dem Start des Planfeststellungsverfahrens startet das wichtige Projekt des Lückenschlusses der A1 in die Phase der Umsetzung. Nun ist es unser Ziel, bis zum Jahr 2021 das Baurecht zu erhalten und die Bagger rollen zu lassen. Mit dem Ausbau der Autobahn schließen wir die Lücke zwischen Gegenwart und Zukunft.

Seit Jahrzehnten werden die fehlenden 25 Kilometer der A1 dringend benötigt. Über viele Jahre hinweg haben sich engagierte Menschen in der Eifel für den Lückenschluss eingesetzt. Die gesamte Region wird von der Umsetzung des Projekts profitieren. Zukünftig wird Fernverkehr nicht mehr durch die Ortschaften in der Eifel geführt werden müssen. Für die Menschen, die entlang der Ausweichstrecken leben, bedeutet dies eine massive Steigerung ihrer Lebensqualität. Die Regierungskoalition verbessert die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass der Verkehr auf der wichtigen Nord-Süd-Verbindung effizienter und damit auch umweltschonender fließen wird.

Die FDP-Fraktion ist davon überzeugt, dass das Planfeststellungsverfahren präzise und rechtssicher durchgeführt wird. Für uns ist es wichtig, dass das Projekt auch gegen etwaige Klagen vor Gericht bestehen kann.“